

# BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim  
V.i.S.d.P DKP Heidenheim R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 02

März 2005

Jahrgang 34

## Tausend Mieter klagen an!

**Bilanz-Gewinn der GBH steigt. Wohnungsmiete steigt.  
Aber kein Geld für Sanierung der Wohnungen. Die Geduld der Mieter am Ende.**

Zu den Fenstern zieht kalte Luft herein. Gerade jetzt, bei den eisigen Temperaturen ist es besonders spürbar. Mancher Hausflur, Keller oder Speicher ist eine Zumutung. Obwohl immer wieder ange-mahnt, die nötigen Reparaturen in den Wohnungen, an den Wohnhäusern, im Treppenhaus, der Dachrinne oder an Haus- und Wohnungstüren bleiben

aus. Die Grundstücks- und Baugesellschaft Heidenheim (GBH) ver-tröstet von Jahr zu Jahr. "Nun wohne ich hier schon seit über 20 Jahren, aber hier wurde kaum was gemacht!" Diese Aussage von GBH-Mieter-n ist beileibe kein Einzelfall.

Auffallend viele Wohnungen stehen leer. Die Wohnungen bei der GBH seien - gemessen an der Qualität - zu teuer, sagen viele Mieter. Irgendwo anders "privat" eine Wohnung suchen sei besser. DKP-Stadtrat Reinhard Püschel geht mit seiner Unterschriftenliste von Haus zu Haus. Vor allem die Oststadtmieten sind froh, daß endlich einer etwas unternimmt. "Hoffentlich hilft das", sagen einige skeptisch, und

sie unterschreiben. Besser, man tut etwas! Püschel ist nicht allein. Seine Parteifreunde helfen beim Unterschriftensammeln mit. Vor den

Hausbesuchen wird der Text bereits in die Briefkästen gesteckt. Manche findet Püschel dann schon unterschrieben in



**Bild oben: Ein noch ordentliches Mietwohngebiet im Sommer 2004**  
**Bilder unten: Müllberge und Wasserschäden im Februar 2005**

seinem Briefkasten wieder. 400 Mieter und Mieterinnen geben in der Oststadt ihre Unterschrift. 150 sind es auf dem Galgenberg. 200 Unterschriften kommen aus "Klein Zürich", der Voith- und Eisenbergsiedlung. Der Rest der Unterschriften kommt aus der Weststadt und vom Zanger Berg. Die Mieter sind sauer auf die GBH, weil

sie regelmäßig die Mieten erhöht, "ohne etwas für die Wohnungen zu tun", sagen die Mieter. Wohnen ist ein Menschenrecht! Die GBH aber kassiert nur. Sie kassiert für die Aktionäre. Die Mieter, von denen die GBH das Geld hat, sind ihr "scheißegal". So sagen es die Mieter und Mieterinnen. Und die müssen es ja schließlich wissen.

Auf die Frage, was soll mit der Unterschriftensammlung bezweckt werden, sind sich viele Unterzeichner mit Püschel einig: Druck auf die Verantwortlichen bei der GBH machen. Eine andere, soziale Mietpolitik muß her. Mit 6000 Wohnungen in Heidenheim hat die GBH eine Monopolstellung. Diese Stellung darf die GBH nicht schamlos ausnutzen. Weil sie eine Aktiengesellschaft ist und an der Börse "spekuliert", kann sie sich nicht sozial geben. Sie muß ihre Gewinne von Jahr zu Jahr steigern. Der "soziale Klim-bim" wäre dabei nur hinderlich.

Für Stadtrat Püschel ist das daher der falsche Weg. Eine Baugesellschaft darf seiner Meinung nach kein auf "Gewinn orientiertes Unternehmen sein. Wohnen ist ein Menschenrecht und bildet die soziale Grundlage einer jeden Familie, eines jeden Menschen. Wohnungspolitik ist eine soziale Aufgabe. Sie muß dem Menschen dienen. Jeder und jede hat ein Recht auf be-

*(Fortsetzung auf Seite 2)*

(Fortsetzung von Seite 1)

zahlbaren und gesunden Wohnraum. Davon, so Püschel, ist die GBH längst abgekommen. Und dahin, so ist sich Püschel mit den Mietern einig, muß die GBH wieder gezwungen werden. 1000 Mieter haben eine gewichtige Stimme.

### Was verlangen die Mieter:

Nicht Abriß, sondern die regelmäßige Sanierung der Wohnungen. Mieten müssen bezahlbar sein. In den großen Wohngebieten müssen Büros eingerichtet werden, damit die Mieter dort ihre Probleme darlegen können. Diesen Problemen muß von Seiten der GBH nachgegangen werden. Somit könnten schon frühzeitig Unstimmigkeiten vermieden und der soziale Frieden gewährleistet bleiben. Auch Arbeitsplätze würden geschaffen.

Die GBH hat, laut ihrem Geschäftsbericht, genug Geld. Dieses Geld, welches ja von den Mietern stammt, muß den Mietern wieder zugute kommen.

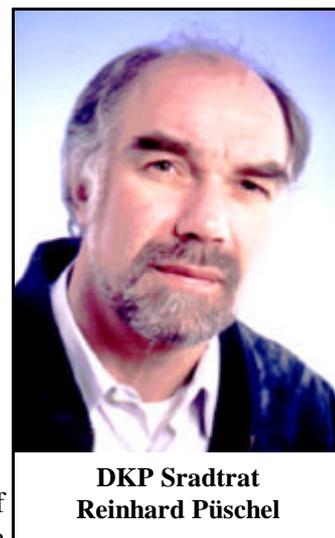


## DKP-Stadträten das Wort entzogen

Bei der Gemeinderatssitzung am 16. Januar 2005 ging es bei dem Tagesordnungspunkt "Soziale Stadt" um die Wohnsituation "Voith-Siedlung". Die DKP-Stadträte Püschel und Huber hatten grundsätzliche Fragen zur Neugestaltung des Wohngebietes.

Püschel: "Es ist niemandem verborgen geblieben, daß die DKP sich für den Erhalt und die Sanierung von "Klein Zürich" ausspricht. Mit diesem von der Stadt vorbereiteten Plan wird der Abriss weiter zementiert. Deshalb stimmen wir dem Plan nicht zu. Wir entscheiden uns für die Mieter und gegen die GBH-Aktionäre. In den letzten Jahren haben wir uns mit vielen Mietern unterhalten. Sie sind mit der Mietpolitik der GBH nicht einverstanden. Das, was jetzt von der Stadt angeblich geplant wird, nämlich Mieterversammlungen, Mieterbefragungen, Workshops und Infogespräche hätte schon viel früher stattfinden müssen..."

Püschel konnte seine Rede nicht weiterführen, weil er von Oberbürgermeister Ilg daran gehindert wurde. OB Ilg hingegen pries die Mietpolitik der GBH. Daraufhin meldeten sich die beiden DKP-Stadträte erneut zu Wort. Diese Wortmeldungen wurden von OB Ilg nicht mehr zugelassen. Die beiden Stadträte bestanden aber auf ihre Wortmeldung. Als letzten Ausweg stellte OB Ilg den Antrag auf Schluss der Debatte. Erwartungsgemäß stimmten diesem Antrag eine Mehrheit der anwesenden Stadträte und Stadträtinnen zu.



DKP Stadtrat  
Reinhard Püschel



## Stadtwerke AG hüllt sich in Schweigen Öffentliche Daseinsvorsorge hinter verschlossenen Türen.

Es ist nur gerecht und muss auch möglich sein, dass das, was zum Grundbedürfnis oder der Daseinsvorsorge eines Menschen zählt und unweigerlich notwendig ist, nicht hinter verschlossenen Türen abgehandelt werden darf. Die Stadtwerke AG stellen die Grundstoffe wie Strom, Gas und Wasser den Familien in Heidenheim zur Verfügung. Es ist daher nur recht und billig zu erfahren, wie die Preise für Strom, Gas und Wasser und Wärme zustandekommen. Eine mit 100 Prozent im Besitz der Stadt Heidenheim befindliche Gesellschaft darf sich der Aufklärung nicht verschließen. Warum von Seiten des Oberbürgermeisters der Stadt kein gleichlautendes Interesse zur Preisaufklärung formuliert wird, ist politisch nicht zu verstehen. Es muss auch ihm gelegen sein, den Tarifkunden der Stadtwerke AG in ihrem Verlangen nach einer gläsernen Preiskalkulation zur Seite zu stehen. Wenn sich die Stadtwerke Heidenheim mit der Offenlegung der Preiskalkulation

den Bürgern verweigern, nützen noch so langatmige Interviews von Herrn Brünner mit HZ-Redakteur Pisterer auch nichts mehr. Zur Daseinsvorsorge und damit zur Kernaufgabe der Stadtwerke AG zählt ohne Zweifel, die Heidenheimer Haushalte mit Strom, Gas, Wasser und Wärme zu versorgen. Dazu sind Investitionen und die Service-mobile für einen Stördienst rund um die Uhr notwendig. Zweifel hinsichtlich der Sponsorentätigkeit der Stadtwerke AG an kulturelle Einrichtungen sind, angebracht. Diese Sponsorengelder sind wie der Gewinn und die Konzessionsabgabe, auch von den Tarifkunden der Stadtwerke AG zu erwirtschaften. Geht es um die Daseinsvorsorge der Bürger, kann erwartet werden,

dass sich die Geschäftspolitik der Stadtwerke AG auf ihre Kernaufgaben beschränkt. Gerade weil Strom, Gas, Wasser und Wärme zur Daseinsvorsorge zählt, muss angesichts der unsozialen Entwicklung in sämtlichen Lebensbereichen, gerade bei diesen Grundbedürfnissen mit geringsten Ertragsvorstellungen eine Preiskalkulation durchgeführt werden. Die Stadtwerke AG beklagt offene Rechnungen mit rund einer halben Million. Auch das ist ein Argument, die Preiskalkulation offen zu legen, um preistreibende Faktoren in der Kalkulation sichtbar zu machen. Nicht die Zahlungsmoral der Bürgerinnen und Bürger sinkt, sondern Hartz IV, die Verarmung auch in unserer Bevölkerung sind die Ursachen.



## Unabhängige Heimatzeitung der Schwäbischen Ostalb

# Heidenheimer Zeitung

verweigert die Veröffentlichung eines „Offenen Briefes“ von DKP Stadtrat Huber an  
Oberbürgermeister Bernhard Ilg

Sehr geehrter Herr Huber,

wir werden Ihren offenen Brief an OB Bernhard Ilg nicht veröffentlichen. Sie haben als Stadtrat, im Gegensatz zu anderen Leserbriefschreibern, die Möglichkeit, in der Gemeinderatssitzung Ihre Anliegen und Probleme vorzutragen. Sie sind nicht als Leserbriefschreiber, sondern als Stadtrat gewählt worden. Dasselbe gilt für Ihren Kollegen Püschel.

Wir werden deshalb in Zukunft sehr genau prüfen, ob wir Leserbriefe von Ihnen und von Herrn Püschel in unserer Zeitung abdrucken werden.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Pfisterer, Redaktionsleiter der HZ

### Offener Brief an

**Herrn Oberbürgermeister Bernhard Ilg**

**zu der verbalen Attacke in der Sitzung des Gemeinderats am 24.02.2005**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,**

zum einen zeichnet Sie Ihre Haltung aus, sich als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stadtwerke AG vor deren Vorstand Herrn Brünner zu stellen.

Zum andern aber sind Sie ein kommunalpolitischer Mandatsträger und sind als solcher der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig.

Dass Sie sich durch meine immer wieder gestellten Fragen nach einer Offenlegung der Gaspreiskalkulation attackiert fühlen, liegt nicht an mir, sondern ist in der Sache für mehr öffentliche Aufklärung begründet. Nur wer etwas verheimlichen will, verehrter Herr Ilg, versteckt sich hinter Geheimhaltungsparagrafen und Aktendeckeln. Ihre exakte Recherche in der Verwaltung habe ergeben, behaupten Sie, die Stadt habe auf über 13 Mio. Euro Konzessionsabgabe verzichtet. Beim bestem Willen, Herr Oberbürgermeister, mir ist seit es Euro gibt, kein derartiger Betrag bekannt, auf den die Stadt verzichtet hätte. Selbst im Zeitraum von 1990 bis 1995 gab es meinen Recherchen nach nur ein Jahr, nämlich 1992, ohne Konzessionsabgabe. Es war das Jahr mit einem Bilanzverlust von 4,2 Mio. DM. Im Jahr darauf, 1993, war der Bilanzverlust 4,6 Mio. DM, eine Konzessionsabgabe von 5,5 Mio. DM wurde an die Stadtkasse Heidenheim überwiesen und sogar 1995 mit einem Bilanzverlust 3 Mio. DM wurden 7,1 Mio. DM Konzessionsabgabe bezahlt. Richtig ist, verehrter Herr Ilg, dass die Stadtwerke AG eine gewaltige Altlastsanierung zu schultern hatten. Richtig ist aber auch, das hätte Ihre Recherche auch ergeben müssen, dass die Kosten dieser Sanierung auch vom Land und Bund mitfinanziert wurden. Was Ihre Recherche aber verschweigt, ist die Tatsache, dass von den Stadtwerken ein Werkstatt-Neubau statt mit den ursprünglich geplanten 20 Mio. DM mit 32 Mio. DM abgerechnet wurde. Wer wohl diesen Stadtwerke-Skandal finanziert hat, sollte auch in Erinnerung gebracht werden.

Es wäre so leicht, Herr Oberbürgermeister, mit Aufklärung und Veröffentlichung der Kalkulationsunterlagen für Gas, Strom, Wärme und Wasser der Öffentlichkeit klaren Wein einzuschenken, um den Preis- und Kalkulationkonflikt auszuräumen.

Richtig ist, Herr Oberbürgermeister, dass ich ein Gesprächsangebot von Herrn Stadtwerksvorstand Brünner abgelehnt habe. Hätte Herr Pfisterer (nopf-HZ) meinen von Ihnen erwähnten Leserbrief nicht gerade an dieser Stelle gekürzt und verstümmelt, wäre Ihnen bereits am 17.02.05 bekannt gewesen, warum das Terminangebot von Herrn Brünner (Stadtwerke AG) von mir nicht wahrgenommen wurde. Herr Brünner hatte nicht die Absicht, mir sein Geheimnis über seine Preiskalkulation zu lüften.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, es ist schon verwunderlich, wie Sie zu dem Tagesordnungspunkt 3 der Gemeinderatssitzung am 24.02.05 "Beteiligungsbericht des Jahres 2003" zu dem aus dem Gemeinderat keine einzige Wortmeldung vorlag, reagierten. Ihre verbale Attacke ohne Anlass lässt leicht den Schluss zu, dass Sie dazu vorbereitet waren. Verwunderlich ist gleichfalls, dass Herr Brünner von der Stadtwerke AG und Herr Griesinger von der GBH als Zuhörer auf der Zuhörerempore des Rathauses platziert waren. Einen sog. Beteiligungsbericht zum Jahr 2003 lediglich zur Kenntnisnahme dem Gemeinderat vorgeschlagen, reißt niemanden vom Hocker. Für die Presse hat Herr Zeeb, unser Stadtkämmerer, eine vorbereitete Information bereit gehalten. Alles deutet darauf hin, dass Ihre Attacke vorbereitet und abgesprochen war, um dem Informationsbedürfnis, das in der Bürgerschaft einen großen Stellenwert hat, zu diskreditieren. Schon deshalb, weil Sie, Herr Oberbürgermeister, durch keine Wortmeldung auch keinen Anlass hatten, fällt diese Attacke aus dem Nichts, wie ein Bumerang auf Sie selbst zurück.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr DKP Stadtrat Ulrich Huber

Bei der Gemeinderatssitzung HZ 26.02.2005

## OB Ilg kritisiert Huber

(nopf) Deutliche Kritik von OB Ilg musste sich bei der Gemeinderatssitzung am Donnerstag Stadtrat Uli Huber (DKP) gefallen lassen.

Er sei, so sagte Ilg, mit dem Verhalten mancher Stadträte unzufrieden und wandte sich konkret an den DKP-Stadtrat Uli Huber. Hintergrund der Attacke war Hubers in Leserbriefen gedauerte Kritik an den Stadtwerken wegen der Gaspreiserhöhung. Huber habe Aufklärung verlangt, jedoch ein von Stadtwerke-Vorstand Dieter Brünner angebotenes Gespräch abgelehnt. Offensichtlich gehe es der DKP nicht um Aufklärung, sondern um die Darstellung ihrer Haltung in der Öffentlichkeit. Diese besondere Art der Politik stimme bedenklich und zeige, was Geistes Kind Huber sei, sagte Ilg.

Die Geschäftspolitik der Stadtwerke sei keineswegs auf Gewinnmaximierung ausgelegt, erklärte der Oberbürgermeister

und legte Fakten und Zahlen vor, die seine Behauptung untermauerten. Mit dem Aufbau des Gasversorgungsnetzes für die Umlandgemeinden habe die Stadt bewusst eine Kürzung des Gewinns in Kauf genommen. Vor allem durch die Altlastsanierung hätten die Stadtwerke Verluste geschrieben und über neun Jahre keinen Gewinn abgeführt. Legte man eine Kapitalverzinsung von sechs Prozent zugrunde, dann seien der Stadt in den Jahren von 1989 bis 2003 Gewinne in Höhe von über zehn Millionen Euro verloren gegangen. Hinzu kommen wegen fehlender Betriebsergebnisse Kürzungen der Konzessionsabgabe in Höhe von weiteren über 13 Millionen Euro. Ilg: „Wäre zum Beispiel die EnBW Konzessionär, dann hätte die Stadt die volle Konzessionsabgabe erhalten.“ Die Stadtwerke würden keinesfalls, entgegen der Behauptung der DKP, eine Politik am Gebührenzahler vorbei betreiben.

